

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 51 | 18.12.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 125/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Sanierung des Parlamentsgebäudes (**Parlamentsgebäudesanierungsgesetz, PGSG**) geändert wird (Veranschlagung einer Kostenobergrenze für die Sanierung des Parlamentsgebäudes von EUR 352,2 Mio und von EUR 51,4 Mio für die Interimslokation und Übersiedlung; berücksichtigte Toleranz von +/- 20%; Überschreitung der Kostenobergrenzen selbst innerhalb dieser Toleranz nur mit einem neuerlichen Gesetzesbeschluss möglich)

[BGBl I 126/2020](#)

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Covid-19-Lagers und über die Verfügung über Bundesvermögen bei Abgabe aus diesem Lager (**COVID-19-Lagergesetz-CO-LgG**) (Ziel des COVID-19-Lagers ist die Bereithaltung eines „Notvorrats“ für die Dauer der aktuellen Pandemie; Koordinierung und Sicherstellung der Beschaffung von notwendigen Schutzausrüstungsprodukten und Verbrauchsmaterialien; Grundstock an Schutzausrüstungen und medizinischen Produkten, um Engpässe oder Bedarfsspitzen zu vermeiden)

[BGBl I 127/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über besondere Förderungen von kleinen und mittleren Unternehmen (**KMU-Förderungsgesetz**) geändert wird (Erhöhung des bisherigen Haftungsrahmens iHv EUR 375 Mio auf insgesamt EUR 625 Mio; Ermöglichung der Gesamtfinanzierung von Projekten mit dem Ziel der Konjunkturbelebung; Sicherung des Zugangs der krisengeschüttelten Tourismus- und Freizeitwirtschaft zu Kreditfinanzierungen)

[BGBl I 128/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie** genehmigt wird (Ausbau und Verbesserung der Schieneninfrastruktur; Stärkung der Schiene als Rückgrat für den öffentlichen Verkehr; Modernisierung der Bahnhöfe zu Mobilitätsdrehscheiben zur Verbesserung der Umsteigequalität; Vorantreiben der Elektrifizierung des Schienennetzes; forciertes Ausbau des ETCS-Systems; Evaluierung, Überarbeitung und ggf Aufstockung des ÖBB-Rahmenplans, um die Fertigstellung des Zielnetzes 2025+ zu beschleunigen und dringliche Nahverkehrs-Projekte in Ballungsräumen rasch zu starten)

[BGBl I 129/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort** genehmigt wird (Steigerung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung von Unternehmensstandorten und Betriebsstätten; Stärkung des Wirtschaftsstandorts und des heimischen Arbeitsmarkts; Verankerung der koordinierten Teilnahme an relevanten Projekten von gemeinsamem europäischem Interesse [Important Projects of Common European Interest – IPCEI] im Regierungsprogramm 2020 – 2024)

[BGBl I 130/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977** geändert wird (Verlängerung der bestehenden Sonderregelungen für selbständig Erwerbstätige und für Beschäftigte in Altersteilzeit infolge der andauernden COVID-19-Krise)

[BGBl I 131/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch** und das **Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz** geändert werden (Verschiebung der Angleichung der Kündigungsfristen der Arbeiter an jene der Angestellten um ein halbes Jahr; Anwendung auf Kündigungen, die nach dem 30. Juni 2021 ausgesprochen werden; Rechtsanspruch für Arbeitnehmer auf eine Sonderbetreuungszeit; Entgeltfortzahlungsanspruch für die betroffenen Arbeitnehmer und vollen Ersatzanspruch für Arbeitgeber)

[BGBl I 132/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung eines COVID-19-Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds (**COVID-19-Schulstornofonds-Gesetz**), geändert wird (Ausweitung des Fonds von Schulveranstaltungen, die vor dem 11. März 2020 bereits beschlossen waren und deren Durchführung auf das Schuljahr 2020/2021 verschoben wurden; Festlegung eines anteiligen Kostenersatzes mit zunehmender Entfernung des geplanten Durchführungszeitpunkts der Schulveranstaltung im Laufe der COVID-19-Pandemie)

[BGBl I 133/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Schulorganisationsgesetz** und das **Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz** geändert werden (Einführung des Pflichtgegenstands Ethik für alle Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen; Ethikunterricht soll Schüler zu selbstständiger Reflexion im Hinblick auf Wege gelingender Lebensgestaltung befähigen, ihnen Orientierungshilfen geben und sie zur fundierten Auseinandersetzung mit den Grundfragen des Lebens anleiten)

[BGBl I 134/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeuggesetz 1967 geändert wird (**39. KFG-Novelle**) (Erweiterung der Liste der Fahrzeuge, die ex-lege Blaulicht führen dürfen, auf Kommando- und Mannschaftsfahrzeuge der Feuerwehren und Feuerwehrverbände sowie auf Fahrzeuge der Fernmeldebehörde; Anbringung des EU-Emblems auch auf roten Kennzeichentafeln; Verwendung von Fahrzeugen mit einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 10 km/h auch ohne Lenkerplatz, mittels Fernsteuerung)

[BGBl I 135/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses und sonstiger Förderungen aus Anlass der 100. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung in Kärnten (Abstimmungsspendengesetz 2020), ein Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss aufgrund der Abschaffung des Zugriffs auf Vermögen bei Unterbringung von Personen in stationären Pflegeeinrichtungen für die Jahre 2021 bis 2024, ein Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, ein Bundesgesetz über die Finanzierung des Vereins für Konsumenteninformation im Jahr 2021 und ein Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz Armut) erlassen sowie das Gebührenanspruchsgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Sachverständigen- und Dolmetschergesetz, das Bundesgesetz über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds, das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz, das Buchhaltungsagenturgesetz, das Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds, das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz, das Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Impfschadengesetz, das Verbrechenopfergesetz, das Heimopferrentengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Nachtschwerarbeitsgesetz, das Behinderteneinstellungsgesetz, das Covid-19-Zweckzuschussgesetz, das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, das Universitätsgesetz 2002, das Forschungsförderungsgesellschaftsgesetz, das Bundesmuseen-Gesetz 2002 und das Luftfahrtgesetz geändert werden (**Budgetbegleitgesetz 2021**) (Schaffung eines sach- und leistungsgerechten Systems der tariflichen Entlohnung psychiatrischer Sachverständigengutachten in bestimmten gerichtlichen Verfahren; Verlängerung und Erweiterung des NPO-Unterstützungsfonds; Erhöhung der Fördermittel des Corona-Familienhärtefonds um weitere EUR 50 Mio uvm)

[BGBl II 557/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, mit der Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe im Zusammenhang mit **besonderen Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** zugelassen werden

[BGBl II 563/2020 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3; Anlage 4\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

[BGBl II 565/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen mit der Verordnung gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (**VO Lockdown-Umsatzersatz**) geändert wird

[BGBl II 566/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (**3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV**)

[BGBl II 567/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes für vom Lockdown direkt betroffene Unternehmen (**3. VO Lockdown-Umsatzersatz**)

[BGBl II 568/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Verlustersatzes durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) (**VO über die Gewährung eines Verlustersatzes**)

[BGBl II 569/2020](#)

Verordnung, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über **besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** geändert wird

[BGBl III 213/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die vorläufige Anwendung des **Protokolls zur Änderung des Zusatzprotokolls** zum Übereinkommen über die **Überstellung verurteilter Personen**

[BGBl III 221/2020](#)

Multilaterales Abkommen ADN/M 027 gemäß Unterabschnitt 1.5.1 ADN über **Bescheinigungen über besondere Kenntnisse des ADN** nach Unterabschnitt 8.2.2.8 ADN und Schulungsnachweise für Gefahrgutbeauftragte nach Unterabschnitt 1.8.3.7 ADN

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 419 v 11.12.2020, 1](#)

Richtlinie (EU) 2020/2020 des Rates vom 7. Dezember 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf zeitlich befristete Maßnahmen im Zusammenhang mit der **Mehrwertsteuer für COVID-19-Impfstoffe** und -In-vitro-Diagnostika als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

[ABI L 424 v 15.12.2020, 1](#)

Beschluss (EU, Euratom) 2020/2053 des Rates vom 14. Dezember 2020 über das **Eigenmittelsystem** der Europäischen Union und zur **Aufhebung** des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.11.2020, [W I 9/2020](#)

NÖ GemeindeO; keine verfassungs- und europarechtliche Bedenken gegen § 98 Abs 1 NÖ GemeindeO, welcher normiert, dass in NÖ **nur österreichische Staatsbürger zu Mitgliedern des Gemeindevorstands** gewählt werden dürfen, kein Verstoß gegen **Gleichheitssatz**, dadurch dass in NÖ Unionsbürger zwar dem Gemeinderat, nicht aber dem Gemeindevorstand angehören dürfen; Funktion des Gemeindevorstands umfasst nach der NÖ GemeindeO auch hoheitliche, tlw über den eigenen (autonomen) Wirkungsbereich der Gemeinde hinausgehende Aufgaben und setzt damit ein hohes Maß an Verbundenheit seiner Mitglieder zum Staat voraus; Unionsrecht sieht zwar vor, dass Unionsbürger in jenem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen haben, wobei für sie dieselben Bedingungen wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats gelten; diese Bestimmung bezieht sich nur auf unmittelbare Wahlen durch das Gemeindevolk selbst; Wahl des Gemeindevorstands durch den Gemeinderat ist davon nicht erfasst

26.11.2020, [G236/2020](#); [G 237/2020 ua](#)

GebührenanspruchsG; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die **Bescheinigungspflicht** von Zeugen für den Nachweis des „tatsächlich“ **entgangenen Verdiensts** oder die angemessenen Kosten einer „notwendigerweise“ vorzunehmenden Stellvertretung nach dem GebührenanspruchsG; erhöhte Bescheinigungspflicht für den Einkommensentgang im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum; Vorrang der pauschalierten Entschädigung gegenüber dem konkreten höheren Verdienstentgang dient der Verwaltungsvereinfachung und dem Schutz der Parteien vor unverhältnismäßigen finanziellen Belastungen

11.12.2020, [G 4/2020](#)

SchulunterrichtsG; Aufhebung des § 43a Abs 1 S 1 SchulunterrichtsG, welcher es Schülern bis zum Ende des Schuljahres, in welchem sie das 10. Lebensjahr vollenden, untersagt weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist, zu tragen („**Kopftuchverbot**“); Regelung, die bloß eine bestimmte Gruppe von Schülerinnen trifft, und zur Sicherung von religiöser und weltanschaulicher Neutralität sowie Gleichstellung der Geschlechter selektiv bleibt, verfehlt ihr Regelungsziel und ist unsachlich; Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** in Verbindung mit dem **Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit**

11.12.2020, [G 139/2020](#)

StGB; Verfassungswidrigkeit der Wortfolge „oder ihm dazu Hilfe leistet“ in § 78 StGB („**Hilfeleistung zum Selbstmord**“); Verstoß gegen das Recht auf Selbstbestimmung, weil dieser Tatbestand jede Art der Hilfeleistung unter allen Umständen verbietet; keine Verfassungswidrigkeit des ersten Tatbestands des § 78 StGB („Verleiten“ zum Suizid); Unzulässigkeit des § 77 StGB (Tötung auf Verlangen)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

06.11.2020, [Ro 2020/03/0014](#)

EU-NetzneutralitätsV; **EMRK**; das **Blockieren einer im Internet abrufbaren Website** stellt auch einen Eingriff in die durch Art 10 EMRK geschützten Rechte dar; der EGMR hat in diesem Zusammenhang betont, dass sich das Internet dank seiner Zugänglichkeit und seiner Fähigkeit, große Mengen an Informationen zu speichern und zu übermitteln, zu einem der wichtigsten Mittel entwickelt hat, mit dem Einzelpersonen **ihr Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit und auf Informationsfreiheit** ausüben; das Internet stellt wesentliche Hilfsmittel für die Beteiligung an Aktivitäten und Diskussionen betreffend politische Themen und Angelegenheiten von allgemeinem Interesse bereit, verbessert den Zugang zu Nachrichten für die Öffentlichkeit und erleichtert die Informationsverbreitung im Allgemeinen; Art 10 EMRK garantiert "jeder Person" die Freiheit, Informationen und Ideen zu empfangen und weiterzugeben; dies gilt nicht nur für den Inhalt der Information, sondern auch für die Mittel, mit denen die Information verbreitet wird, weil jede Einschränkung der Mittel notwendigerweise einen Eingriff in diese Freiheit darstellt; Maßnahmen, die den Zugang zu Websites blockieren, haben zwangsläufig einen Einfluss auf den Zugang zum Internet und begründen daher die Verantwortung des betreffenden Staates gemäß Art 10 EMRK (vgl EGMR 23.6.2020, Bulgakov/Russland, Nr 20159/15, Rz 28f)

23.11.2020, [Ra 2020/03/0106](#)

COVID-19-MaßnahmenG; **COVID-19-MaßnahmenVO**; **VStG**; § 35 VStG ermächtigt die Polizei, eine Person die auf frischer Tat bei einer Verwaltungsübertretung betreten wird, zum Zweck ihrer Vorführung vor die **Behörde festzunehmen**, wenn die betretene Person der Polizei unbekannt ist, sich nicht ausweist und ihre Identität auch sonst nicht sofort feststellbar ist; ein solches Betreten auf „**frischer Tat**“ setzt voraus, dass eine Person eine Verwaltungsübertretung begeht und bei der Begehung dieser Tat von der Polizei betreten wird; dabei reicht es, wenn die Polizei dabei mit gutem Grund (vertretbar) annehmen darf, dass die Person eine Verwaltungsübertretung verübt; diese Voraussetzungen wurden durch die COVID-19-Bestimmungen nicht verändert

23.11.2020, [Ro 2020/03/0041](#)

Verfahrensordnung für Parlamentarische Untersuchungsausschüsse; für **Untersuchungsausschüsse** kommen **besondere Verfahrensregeln** zur Anwendung, die in der Geschäftsordnung des Nationalrates sowie in der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA) vorgesehen sind; nach diesen Regelungen hat ein Untersuchungsausschuss ein Recht darauf, beim BVwG einen Antrag auf Verhängung einer Beugestrafe zu stellen (sowie eine Entscheidung darüber zugestellt zu bekommen); der Untersuchungsausschuss muss diesen Antrag auch begründen; weitere Rechte ergeben sich aus der VO-UA für den Untersuchungsausschuss jedoch nicht, insb kommt dem Untersuchungsausschuss nicht die Stellung einer „**belangten Behörde**“ iSd Art 133 Abs 6 Z 1 B-VG zu; vor dem VwGH kann der Untersuchungsausschuss somit nur die Verletzung dieser prozessualen Rechte geltend machen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.12.2020, Rs C-160/19 P, *Comune di Milano / Kommission*](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen – Luftverkehrssektor** – Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen Mailand-Linate (Italien) und Mailand-Malpensa (Italien) – Kapitalzuführungen des Betreibers dieser Flughäfen an seine 100%ige Tochtergesellschaft, die diese Dienstleistungen erbringt – Betreiber in staatlichem Eigentum – Beschluss, mit dem diese staatlichen Beihilfen für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden – Art. 107 Abs. 1 AEUV – Begriffe ‚staatliche Mittel‘, ‚dem Staat zurechenbare Maßnahme‘ und ‚wirtschaftlicher Vorteil‘ – Grundsatz des privaten Wirtschaftsteilnehmers – Kriterium des privaten Kapitalgebers – Beweislast – Komplexe wirtschaftliche Beurteilungen – Umfang der gerichtlichen Kontrolle – Verfälschung von Beweisen

[16.12.2020, verb Rs C-597/18 P, C-598/18 P, C-603/18 P und C-604/18 P, *Rat/ K. Chrysostomides & Co. u.a.*](#)

Rechtsmittel – **Wirtschafts- und Währungspolitik** – Stabilitätshilfeprogramm für die Republik Zypern – Umstrukturierung der Staatsschuld Zyperns – Beschluss des EZB-Rats über die Bereitstellung einer Notfallliquiditätshilfe auf Ersuchen der Zentralbank der Republik Zypern – Erklärungen der Eurogruppe vom 25. März, 12. April, 13. Mai und 13. September 2013 – Beschluss 2013/236/EU – Memorandum of Understanding vom 26. April 2013 zwischen der Republik Zypern und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) über spezifische wirtschaftspolitische Auflagen – Eigentumsrecht – Grundsatz des Vertrauensschutzes – Gleichbehandlung – Außervertragliche Haftung der Europäischen Union

[17.12.2020, Rs C-416/20 PPU, *Generalstaatsanwaltschaft Hamburg*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Europäischer Haftbefehl – Art. 4a Abs. 1 – Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Vollstreckungsvoraussetzungen – Gründe, aus denen die Vollstreckung abgelehnt werden kann – Ausnahmen – Pflicht zur Vollstreckung – In Abwesenheit verhängte Strafe – Flucht der verfolgten Person – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art. 8 und 9 – Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung – Erfordernisse im Fall der Verurteilung in Abwesenheit – Prüfung bei der Übergabe der verurteilten Person

[17.12.2020, Rs C-801/19, *Franck*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Befreiungen – Art. 135 Abs. 1 Buchst. b und d – Begriffe ‚Gewährung von Krediten‘ und ‚andere Handelspapiere‘ – Komplexe Umsätze – Hauptleistung – Überlassung von Geldmitteln gegen Entgelt – Übertragung eines Wechsels auf eine Factoringgesellschaft und Überweisung des erlangten Geldes an den Aussteller des Wechsels

[17.12.2020, Rs C-667/19, *A.M. \(Étiquetage des produits cosmétiques\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Kosmetische Mittel – Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 – Art. 19 – Informationen für die Verbraucher – **Kennzeichnung** – Auf den Behältnissen und Verpackungen der Mittel **anzubringende Angaben** – Kennzeichnung in einer Fremdsprache – ‚Verwendungszweck des kosmetischen Mittels‘ – Begriff – Verpackung kosmetischer Mittel mit einem Verweis auf einen in der Sprache des Verbrauchers verfassten umfassenden Produktkatalog

[17.12.2020, Rs C-656/19, *BAKATI PLUS*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – **Steuerbefreiungen bei der Ausfuhr** – Art. 146 Abs. 1 Buchst. b – Gegenstände, die durch einen nicht im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats ansässigen Erwerber nach Orten außerhalb der Europäischen Union versandt oder befördert werden – Art. 147 –

„Gegenstände zur Mitführung im persönlichen Gepäck von Reisenden“, die nicht in der Union ansässig sind – Begriff – Gegenstände, die das Gebiet der Union tatsächlich verlassen haben – Beweis – Versagung der Steuerbefreiung bei der Ausfuhr – Grundsätze der steuerlichen Neutralität und der Verhältnismäßigkeit – Betrug

[17.12.2020, Rs C-607/19, Husqvarna](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsmarken** – Verordnung (EG) Nr. 207/2009 – Art. 51 Abs. 1 Buchst. a – Art. 55 Abs. 1 – Erklärung des Verfalls einer Unionsmarke – Unionsmarke, die während eines ununterbrochenen Zeitraums von fünf Jahren nicht ernsthaft benutzt worden ist – Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren – Zeitpunkt der Beurteilung

[17.12.2020, Rs C-490/19, Syndicat interprofessionnel de défense du fromage Morbier](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Schutz der **geografischen Angaben und der Ursprungsbezeichnungen** für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel – Verordnung (EG) Nr. 510/2006 – Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 – Art. 13 Abs. 1 Buchst. d – Praktik, die geeignet ist, den Verbraucher in Bezug auf den tatsächlichen Ursprung des Erzeugnisses irreführen – Wiedergabe der charakteristischen Form oder des charakteristischen Erscheinungsbildes eines Erzeugnisses, dessen Name geschützt ist – Geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.), „Morbier“

[17.12.2020, verb Rs C-475/19 P und C-688/19 P, Deutschland/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Rechtsangleichung – Verordnung (EU) Nr. 305/2011 – **Harmonisierte Bedingungen** für die Vermarktung von **Bauprodukten** – Harmonisierte Normen und harmonisierte technische Vorschriften – Harmonisierte Normen EN 14342:2013, EN 14904:2006, EN 13341:2005 + A1:2011 und EN 12285-2:2005 – Nichtigkeitsklage

[17.12.2020, Rs C-449/19, WEG Tevesstraße](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbefreiung für die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken – Nationale Regelung, nach der die **Lieferung von Wärme** durch eine Wohnungseigentümergeinschaft an die Eigentümer, die Mitglieder dieser Gemeinschaft sind, von der Mehrwertsteuer befreit ist

[17.12.2020, verb Rs C-431/19 P und C-432/19 P, Inpost Paczkomaty/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art. 106 Abs. 2 AEUV – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) – Rahmen der Europäischen Union – Anwendung auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für öffentliche Dienstleistungen – Postsektor – Richtlinie 97/67/EG – Art. 7 – Ausgleich für die sich aus den Universaldienstverpflichtungen ergebenden Nettokosten – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird

[17.12.2020, Rs C-404/19 P, Frankreich / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)** und **Europäischer Landwirtschaftsfonds** für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Durchführungsbeschluss (EU) 2017/2014 – Von der Finanzierung durch die Europäische Union ausgeschlossene Ausgaben – Von der Französischen Republik getätigte Ausgaben – Pauschale Berichtigung mit einem Satz von 100 % – Verhältnismäßigkeit – Leitlinien der Europäischen Kommission für die Berechnung von Finanzkorrekturen im Rahmen des Konformitätsabschlussverfahrens und des Rechnungsabschlussverfahrens

[17.12.2020, Rs C-398/19, Generalstaatsanwaltschaft Berlin \(Extradition vers l'Ukraine\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art. 18 und 21 AEUV – **Auslieferung** eines Unionsbürgers an einen **Drittstaat** – Person, die die Unionsbürgerschaft nach Verlegung ihres Lebensmittelpunkts in den ersuchten Mitgliedstaat erworben hat – Anwendungsbereich des Unionsrechts – Nur für Inländer geltendes Auslieferungsverbot – Beschränkung der Freizügigkeit – Rechtfertigung durch die Vermeidung der Straflosigkeit – Verhältnismäßigkeit – Unterrichtung des Mitgliedstaats, dessen Staatsangehörigkeit die gesuchte Person besitzt – Verpflichtung des ersuchten Mitgliedstaats und des Herkunftsmitgliedstaats, den ersuchenden Drittstaat um Übermittlung der Strafakte zu ersuchen – Fehlen

[17.12.2020, Rs C-346/19, Bundeszentralamt für Steuern](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – **Erstattung der Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2008/9/EG – Art. 8 Abs. 2 Buchst. d – Art. 15 – Angabe der Rechnungsnummer – Erstattungsantrag

[17.12.2020, Rs C-342/19 P, De Masi und Varoufakis/ EZB](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten der Europäischen Zentralbank (EZB) – Beschluss 2004/258/EG – Art. 4 Abs. 3 – Ausnahmen – Dokument, das die EZB erhalten hat – Einholung eines Gutachtens bei einem externen Dienstleister – Interner Gebrauch im Rahmen von Beratungen und Vorgesprächen – Verweigerung des Zugangs

[17.12.2020, Rs C-336/19, Centraal Israëlitisch Consistorie van België u.a.](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung** – Verordnung (EG) Nr. 1099/2009 – Art. 4 Abs. 1 – Pflicht, Tiere vor der Tötung zu betäuben – Art. 4 Abs. 4 – Ausnahme im Rahmen der rituellen Schlachtung – Art. 26 Abs. 2 – Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, nationale Vorschriften zu erlassen, die einen umfassenderen Schutz von Tieren bei der rituellen Schlachtung bezwecken – Auslegung – Nationale Regelung, die für die rituelle Schlachtung eine Betäubung vorschreibt, die umkehrbar und nicht geeignet ist, den Tod herbeizuführen – Art. 13 AEUV – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art. 10 – Religionsfreiheit – Freiheit, seine Religion zu bekennen – Beschränkung – Verhältnismäßigkeit – Fehlender Konsens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – Den Mitgliedstaaten zuerkannter Wertungsspielraum – Subsidiaritätsprinzip – Gültigkeit – Unterschiedliche Behandlung der rituellen Schlachtung und der Tötung von Tieren bei der Jagd oder bei der Fischerei sowie bei kulturellen oder Sportveranstaltungen – Keine Diskriminierung – Art. 20, 21 und 22 der Charta der Grundrechte

[17.12.2020, Rs C-316/19, Kommission/ Slowenien \(Archives de la BCE\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art. 343 AEUV – **Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union** – Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der Europäischen Zentralbank (EZB) – Art. 39 – Vorrechte und Befreiungen der EZB – Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union – Art. 2, 18 und 22 – Grundsatz der Unverletzlichkeit der Archive der EZB – Beschlagnahme von Dokumenten in den Räumlichkeiten der Zentralbank Sloweniens – Dokumente, die mit der Erfüllung der Aufgaben des ESZB und des Eurosystems zusammenhängen – Art. 4 Abs. 3 EUV – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

[17.12.2020, Rs C-216/19, Land Berlin \(Droits au paiement liés à la PAC\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 – Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen – Basisprämienregelung – Art. 24 Abs. 2 Satz 1 – Begriff der ‚beihilfefähigen Hektarflächen, die dem Betriebsinhaber zur Verfügung stehen‘ – Unrechtmäßige Bewirtschaftung der betreffenden Fläche durch einen Dritten – Art. 32 Abs. 2 Buchst. b Ziff. ii – Antrag auf Aktivierung von Zahlungsansprüchen für eine Aufforstungsfläche – Begriff ‚Fläche, für die im Jahr 2008 Anspruch auf Zahlungen bestand‘ – Betriebsprämienregelung oder einheitliche Flächenzahlung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[17.12.2020, Rs C-896/19, Repubblica \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 2 EUV – Werte der Union – Rechtsstaatlichkeit – **Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz** – Art. 19 EUV – Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richterliche Unabhängigkeit – Verfahren zur Ernennung von Richtern – Befugnisse des Premierministers – Mitwirkung eines Ausschusses für Ernennungen im Justizwesen

[17.12.2020, Rs C-709/19, Vereniging van Effectenbezitters \(GA Sanchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 – **Internationale Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen** – Gerichtliche Zuständigkeit bei einer unerlaubten Handlung oder einer Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – Investitionsstreitigkeit – Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist – Schaden, der ausschließlich in einem Vermögensverlust besteht – Feststellungsklage einer Vereinigung zur Vertretung kollektiver Interessen

[17.12.2020, Rs C-597/19, M.I.C.M. \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Art. 3 Abs. 1 – Begriff ‚öffentliche Wiedergabe‘ – Herunterladen einer Datei, die ein geschütztes Werk enthält, über ein ‚Peer-to-Peer‘-Netz und gleichzeitige Zugänglichmachung der Segmente dieser Datei zum Hochladen durch anderen Nutzer – Richtlinie 2004/48/EG – Art. 3 Abs. 2 – Missbrauch der Maßnahmen, Verfahren und Rechtsbehelfe – Art. 4 – Zur

Beantragung der Maßnahmen, Verfahren und Rechtsbehelfe befugte Personen – Art. 8 – Recht auf Auskunft – Art. 13 – Begriff ‚Schaden‘ – Verordnung (EU) 2016/679 – Art. 6 Abs. 1 Buchst. f – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Grundrechte – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art. 7 und 8 sowie Art. 17 Abs. 2

[17.12.2020, Rs C-410/19, The Software Incubator \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Selbständige Handelsvertreter** – Richtlinie 86/653/EWG – Art. 1 Abs. 2 – Definition des Handelsvertreter – Begriffe ‚Verkauf‘ und ‚Waren‘ – Elektronische Lieferung einer Computersoftware mit Erteilung einer unbefristeten Lizenz an die Kunden eines Unternehmers

[17.12.2020, Rs C-130/19, Rechnungshof/ Pinxten \(GA Hogan\)](#)

Art. 286 Abs. 6 AEUV – Verstoß gegen die sich aus dem Amt eines früheren Mitglieds des Rechnungshofs der Europäischen Union ergebenden Verpflichtungen – Aberkennung der Ruhegehaltsansprüche oder anderer an ihrer Stelle gewährter Vergünstigungen

[17.12.2020, Rs C-128/19, Azienda Sanitaria Provinciale di Catania \(GA Tanchev\)](#)

Staatliche Beihilfe – Begriffe ‚bestehende Beihilfe‘ und ‚neue Beihilfe‘ – Verordnung (EU) Nr. 702/2014 – **Beihilfen** zu den Kosten für die **Verhütung, Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen** und **Beihilfen** zur Beseitigung der durch diese Seuchen entstandenen **Schäden** – Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 – De-minimis-Beihilfe

[17.12.2020, Rs C-824/18, A.B. u.a. \(Nomination des juges à la Cour suprême – Recours\) \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 2, Art. 4 Abs. 3 und Art. 19 Abs. 1 EUV – Art. 267 AEUV – Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Rechtsstaatsprinzip** – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – **Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit** – Verfahren für die Berufung in das Amt eines Richters am polnischen Obersten Gericht – Ernennung durch den Präsidenten der Republik Polen auf Vorschlag des Landesjustizrats – Mangelnde Unabhängigkeit des Landesjustizrats – Unwirksamer Rechtsbehelf – Aufhebung der Bestimmung, auf der die Zuständigkeit des vorlegenden Gerichts beruht, durch Urteil des Verfassungsgerichtshofs – Beschränkung der Entscheidungsbefugnisse des vorlegenden Gerichts durch nationales Recht – Vorrang des Unionsrechts – Ungleichbehandlung beim Zugang zu einem gerichtlichen Rechtsbehelf

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

15.12.2020, Beschwerde Nr [33399/18](#), Pişkin / Türkei

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren) und **Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); unzureichende gerichtliche Überprüfung der **Entlassung** des Bf als **Angestellter einer öffentlichen Einrichtung** aufgrund Notstandsgesetzes wegen **angeblicher Verbindung zu terroristischer Organisation**; nicht kontradiktorisches vereinfachtes Verfahren ohne Verfahrensgarantien oder individualisierte Zusammenfassung der Gründe; Stigmatisierung und schwerwiegende Auswirkungen auf beruflichen und sozialen Ruf; keine gründliche und ernsthafte Untersuchung durch innerstaatliche Gerichte

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Stephanie Blechinger, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.